



Bundesministerium für Verkehr, Innovation
und Technologie
Radetzkystraße 2
1030 Wien
E-Mail: e1@bmvit.gv.at

Auskunft:
[Dr. Martin Salomon](#)
T +43 5574 511 20212

Zahl: PrsG-172-1/BG-122
Bregenz, am [28.05.2019](#)

Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Eisenbahngesetz 1957, das Hochleistungsstreckengesetz und das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz geändert werden; Entwurf; Stellungnahme
Bezug: [Schreiben vom 1. Mai 2019, GZ: BMVIT-210.501/0001-IV/E1/2019](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf wird Stellung genommen wie folgt:

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z. 3 (§ 12):

Der Entwurf beabsichtigt eine Neuordnung der Aufteilung der behördlichen Zuständigkeiten nach dem Eisenbahngesetz 1957 auf die drei Verwaltungsebenen Bezirksverwaltungsbehörde – Landeshauptmann – Bundesminister. Gemäß den Erläuterungen soll diese Aufteilung insofern vereinfacht werden, als sie dem Grunde nach auf die beiden Ebenen Landeshauptmann und Bundesminister reduziert wird.

Zu diesem Zweck sollen die bisher dem Landeshauptmann zugeordneten Zuständigkeiten bezüglich vernetzter Nebenbahnen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie übertragen werden, sodass der Bundesminister zukünftig österreichweit zuständige Behörde für das Netz der Haupt- und vernetzten Nebenbahnen und den Verkehr auf ihnen wäre.

Die Übertragung der Zuständigkeit bezüglich vernetzter Nebenbahnen auf den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird abgelehnt, da sie dem Prinzip der Verwaltungseffizienz zuwiderläuft. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 16.05.2019 (an die Bundesregierung mit Schreiben der

Verbindungsstelle vom 16.05.2019, Zl. VSt-718/242, übermittelt) verwiesen, mit welchem die vorgeschlagene Änderung der Behördenzuständigkeit und die diesbezügliche Kompetenzverschiebung hin zum Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wegen des damit verbundenen administrativen Mehraufwands abgelehnt wurde und gefordert wurde, die Kompetenz für vernetzte Nebenbahnen bei den Landeshauptleuten zu belassen.

Aus den gleichen Gründen abgelehnt wird der Entfall der bisherigen Zuständigkeit des Landeshauptmannes zur Erteilung der Bauartgenehmigung bzw. der Betriebsbewilligung für Schienenfahrzeuge, die sowohl zum Betrieb auf Nebenbahnen oder Straßenbahnen, als auch zum Betrieb auf nicht-öffentlichen Eisenbahnen, jedoch nicht zum Betrieb auf Hauptbahnen bestimmt sind (vgl. § 12 Abs. 2 Z. 4) sowie der Möglichkeit der Delegation bestimmter Verfahren an den Landeshauptmann, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist (vgl. § 12 Abs. 4).

Anregungen außerhalb des Entwurfs:

Zu § 96 Abs. 5:

Die Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen über das In-Verkehr-Bringen von und den freien Warenverkehr mit Interoperabilitätskomponenten gemäß § 96 Abs. 5 soll auch nach der Novelle der Bezirksverwaltungsbehörde obliegen (Interoperabilitätskomponenten sind gemäß § 95 Bauteile, Bauteilgruppen, Unterbaugruppen oder komplette Materialbaugruppen, die in ein Teilsystem eingebaut sind oder eingebaut werden sollen und von denen die Interoperabilität des Eisenbahnsystems direkt oder indirekt abhängt, wobei es sich um materielle als auch um immaterielle Produkte wie Software handeln kann).

Es erscheint jedoch zweckmäßiger, wenn die Marktüberwachung diese Komponenten betreffend von einer für die eisenbahnrechtlichen Bau- und Betriebsbewilligungsverfahren zuständigen Behörde (also entweder dem Bundesminister oder dem Landeshauptmann) durchgeführt werden würde. Dies deshalb, da in diesen Verfahren die Eisenbahnunternehmen die Nachweise über die Konformitätserklärungen vorlegen, welche von den Sachverständigen der Genehmigungsbehörde geprüft werden. Diese Sachverständigen verfügen also am ehesten über die entsprechenden Kenntnisse.

Freundliche Grüße


Für die Vorarlberger Landesregierung
Die Landesrätin

Dr. Barbara Schöbi-Fink

Nachrichtlich an:

1. Präsidium des Bundesrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, E-Mail: begutachtungsverfahren@parlinkom.gv.at
2. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, E-Mail: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
3. Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz - Verfassungsdienst, Museumstraße 7, 1070 Wien, E-Mail: SEKTION.V@bmvrdj.gv.at
4. Frau Bundesrätin Mag.a Martina Ess, Ifilar 15, 6822 Satteins, E-Mail: info@martina-ess.com
5. Herrn Bundesrat Dr Magnus Brunner, E-Mail: magnus.brunner@parlament.gv.at
6. Herrn Bundesrat Christoph Längle, Thomas Lirer Weg 32, 6840 Götzis, E-Mail: c.laengle@gmx.biz
7. Herrn Nationalrat Karlheinz Kopf, Rheinstraße 24, 6844 Altsch, E-Mail: karlheinz.kopf@oevpklub.at
8. Herrn Nationalrat Ing. Reinhold Einwallner, Merbodgasse 106, 6900 Bregenz, E-Mail: reinhold.einwallner@parlament.gv.at
9. Herrn Nationalrat Norbert Sieber, Fluh 37, 6900 Bregenz, E-Mail: norbert.sieber@parlament.gv.at
10. Herrn Nationalrat Dr. Reinhard Eugen Bösch, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, E-Mail: reinhard.boesch@fpoe.at
11. Herrn Nationalrat Mag Gerald Locker, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, E-Mail: gerald.locker@parlament.gv.at
12. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landhaus, 7000 Eisenstadt, E-Mail: post.lad@bgld.gv.at
13. Amt der Kärntner Landesregierung, Arnulfplatz 1, 9021 Klagenfurt, E-Mail: abt1.verfassung@ktn.gv.at
14. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, E-Mail: post.landnoe@noel.gv.at
15. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 4021 Linz, E-Mail: verfd.post@ooe.gv.at
16. Amt der Salzburger Landesregierung, Chiemseehof, 5010 Salzburg, E-Mail: landeslegistik@salzburg.gv.at
17. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Landhaus, 8011 Graz, E-Mail: post@stmk.gv.at
18. Amt der Tiroler Landesregierung, Wilhelm-Greil-Straße 25, 6020 Innsbruck, E-Mail:

- post@tirol.gv.at
19. Amt der Wiener Landesregierung, Rathaus, 1082 Wien, E-Mail: post@md-r.wien.gv.at
 20. Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, E-Mail: vst@vst.gv.at
 21. Institut für Föderalismus, z. Hd. Herrn Dr. Peter Bußjäger, Adamgasse 17 , 6020 Innsbruck, E-Mail: institut@foederalismus.at
 22. VP-Landtagsfraktion, 6900 Bregenz, E-Mail: landtagsklub@volkspartei.at
 23. SPÖ-Landtagsfraktion, 6900 Bregenz, E-Mail: gerhard.kilga@spoe.at
 24. Landtagsfraktion der Freiheitlichen, 6900 Bregenz, E-Mail: landtagsklub@vfreiheitliche.at
 25. Landtagsfraktion der Grünen, 6900 Bregenz, E-Mail: landtagsklub.vbg@gruene.at
 26. NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, E-Mail: sabine.scheffknecht@neos.eu
 27. Abt. Verkehrsrecht (Ib), Intern
 28. Abt. Finanzangelegenheiten (IIIa), Intern
 29. Bezirkshauptmannschaft Bregenz (BHBR), Intern
 30. Bezirkshauptmannschaft Dornbirn (BHDO), Intern
 31. Bezirkshauptmannschaft Feldkirch (BHFK), Intern
 32. Bezirkshauptmannschaft Bludenz (BHBL), Intern
 33. Abt. Maschinenbau und Elektrotechnik (VIc), Intern
 34. Abt. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), Intern

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	<p>Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.</p> <p>Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter https://pruefung.signatur.rtr.at/ verfügbar.</p> <p>Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: land@vorarlberg.at überprüft werden.</p>